

Herr Präsident, sehr geehrter Damen und Herren

Vier Milliarden Euro für 10 000 neue Ganztagschulen. Das war eine Antwort auf PISA.

Morgens einen schlechten Film sehen, wenig Hoffnung, dass er nachmittags besser wird.

Masse nicht gleich Klasse.

Frage wofür? Schüler in Bayern nach allgemeiner Schulpflicht ein Jahr länger Unterricht als ein Schüler in NRW...Stundentafel, weniger Stundenausfälle durch mehr Personal. Der Schlüssel liegt in den Ländern. Unterrichtsgarantie.

Nun sagt Frau Bulmahn in der Berliner Zeitung vom 10. Februar:

„Die neuen Ganztagschulen sollen zum Ort für eine neue Pädagogik werden, der Raum und Zeit für eine intensive individuelle Förderung bietet.“

Sie geben 4 Mrd., wollen aus guten Gründen kein pädagogisches Konzept mitliefern, erwarten aber am Ende eine wunderbare Offenbarung zwischen Raum und Zeit...

Empfehle Ihnen, sich den neuen Film in Niedersachsen gut anzusehen, wie das bescheidene Erbe von Frau Bulmahn durch Christian Wulff verbessert wird.

Heute lesen wir in der Verwaltungsvereinbarung von einem Haushaltsvorbehalt. Davon war im Wahlkampf nicht die Rede.

Was hat Sie gehindert, diesem Programm echte Priorität einzuräumen und eine 5-jährige Finanzierungsgarantie zu geben, auf die sich die Länder und Kommunen wirklich verlassen können?

Es ging Ihnen um einen kurzfristigen Stimmungs- und um Stimmengewinn. Um Wahlkampf.

Große Zahlen, ein bombastisches Nebelprogramm mit beschränkter Haftung für dass was sie zahlen.

Ihre Devise ist linke Tasche, rechte Tasche. Sie haben zum 1. Januar 2003 die Gewerbesteuerumlage um ein Drittel, auf 30 Prozent erhöht.

Zu Lasten der Kommunen, zu Gunsten des Bundes.

In Nordrhein-Westfalen sind fast 70 Prozent der Städte und Gemeinden nicht mehr in der Lage einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden.

Nun fordern Sie in Ihrer Vereinbarung auch noch eine Kofinanzierung.

Länder und Kommunen haben ohnehin den Löwenanteil der Ganztagschulen zu bezahlen, die Personalkosten und die Betriebskosten.

Hier haben sie eine Automatikbremse eingebaut.

Sobald eine Kommune fördern will, kommt die Kofinanzierung und dann das „Aus“, der Antrag landet in der Schublade.

Die maroden Finanzen sind kein mystisches Ereigniss, sie sind das Ergebnis Ihrer Politik.

Allein die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage kostet die Kommunen jährlich zwei Mrd. Euro. Das Geld landet bei Eichel. In fünf Jahren immerhin 10 Mrd. Euro.

Im gleichen Zeitraum geben Sie zweckgebunden und mit Kofinanzierung vier Mrd. für die Förderung von Ganztagschulen zurück.

Nachts rauben Sie den Kommunen eine Kuh, und am nächsten Morgen bringen sie unter großem Trommelwirbel ein Glas Milch.

Mit vier Milliarden Euro in fünf Jahren ein Bauprogramm mit Innenausstattung.

Dabei stehen die Räume in den Schulen nachmittags ohnehin leer. Wichtiger wäre die Förderung inhaltlicher Konzepte und die Neueinstellung von Lehrern.

Dazu müßte jedoch erst ein fairer Lastenausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hergestellt werden.

Punkt dieser Vereinbarung ist die Anweisung an den geförderten Bauten die Tafel anzubringen,

„vom Bund geförderte Ganztagschule“.

Es geht also um PR, es geht nicht um die Menschen.

Die PISA-Studie zeigte ein Problem.

Die Bundesregierung reagiert mit viel Dampf und am Ende bleiben goldlackierte Schildchen.

Fairer wäre es gewesen, wenn Sie die Gewerbesteuerumlage auf den Stand des Jahres 2002 belassen hätten.

Mit der Vereinbarung, dass die Länder und Kommunen verstärkt die Ganztagsbetreuung an den Schulen fördern.

Egal, ob durch die Einrichtung einer Bibliothek, die Förderung von Älteren, die Jugendlichen bei den Hausaufgaben helfen, ob im sportlichen oder im kulturellen Bereich Vereine interessante und differenzierte Angebote unterbreiten.

Die Mischung von professioneller Pädagogik und nebenberuflichem bürgerlichem Engagement kann am besten leisten, was wir miteinander wollen:

Den Raum schaffen, damit für junge Menschen der Nachmittag zu einem Lern- und Lebenserlebnis wird.

Die Union unterstützt eine stärkere Ganztagsbetreuung, wenn sie bedarfsgerecht ist. Wir halten nichts von Zwangsbeglückung.

Uns geht es auch und besonders um die Stärkung der Familien, von Nachbarschaften und kleinen Netzen.

Deshalb haben wir mit unserem Familiengeld dort angesetzt, wo Erziehung und Bildung beginnt, - bei der Familie.

Dass Rot-Grün bei der Bildung erst an Baustellen denkt und die Union an die Förderung der Familie, dass ist der zentrale Unterschied zwischen christlichen Demokraten und Schröderdemokraten.

Ich würde mich freuen, wenn wir unabhängig vom heutigen Bau- und Ausstattungsprogramm eine wirkliche Offensive für eine kindergerechte Gesellschaft starten würden.

Wir sind bereit.